

Bestellung einer Grunddienstbarkeit

20. Sep. 2013

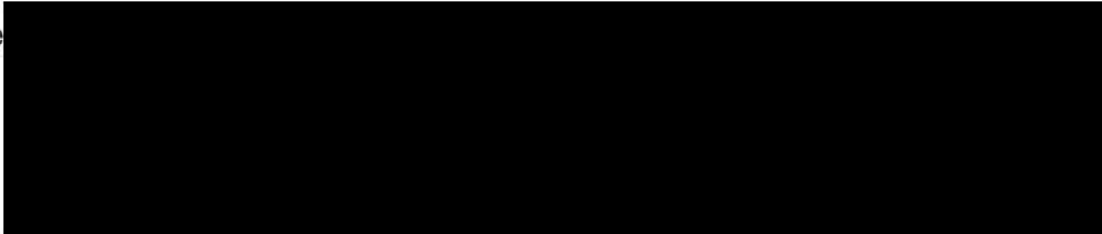
..... Uhr 12 Min.
..... Bellagen

Die

Stadt Leipzig,
Martin-Luther-Ring 4 - 6, 04109 Leipzig
vertreten durch den Oberbürgermeister Herrn Burkhard Jung,
vertreten durch die Justitiarin des Liegenschaftsamtes.
[Redacted]

- nachstehend "Stadt Leipzig" genannt -

sowie



- nachstehend "Berechtigter" genannt -,

vereinbaren Folgendes:

§ 1
Grundbuchangaben

1. Die Stadt Leipzig ist Eigentümerin des im Grundbuch von Eutritzsch, Blatt 953, eingetragenen Flurstücks 5a mit einer Größe von 900,00 m² (**dienendes Grundstück**).
2. Der Berechtigte ist Eigentümer des angrenzenden Flurstücks 5b, eingetragen im Grundbuch von Eutritzsch, Blatt 1015, Delitzscher Straße 37b, (**herrschendes Grundstück**).
Auf diesem Grundstück steht ein 4 - geschossiges Wohnhaus, Baujahr ca. 1938. Dieses Wohnhaus ragt mit einer Überbauung durch eine Giebelwand von 11,395 m Länge und 0,30 m Tiefe, insgesamt mit einer Fläche von 3,43 m² in das dienende Grundstück hinein.

§ 2
Grunddienstbarkeit, Haftung

1. Die Stadt Leipzig als Eigentümerin des Flurstücks 5a der Gemarkung Eutritzsch bestellt hiermit zugunsten des jeweiligen Eigentümers des Flurstücks 5b der Gemarkung Eutritzsch folgende Grunddienstbarkeit:
Die Stadt Leipzig duldet die Überbauung einer Teilfläche des Flurstücks 5a der Gemarkung Eutritzsch, durch die Giebelwand des auf dem Flurstück 5b der Gemarkung Eutritzsch errichteten Gebäudes, mit den Abmessungen von ca. 11,395 m Länge und ca. 0,30 m Tiefe, insgesamt mit einer Fläche von 3,43 m². Die betroffene Teilfläche, auf die die Ausübung der Grunddienstbarkeit beschränkt ist und deren Lage den Vertragsparteien bekannt ist, ergibt sich aus dem als Bestandteil dieses Vertrages anliegenden Lageplan (Auszug aus der Liegenschaftskarte vom 17.04.2012). Die Teilfläche ist rot gekennzeichnet. Die Ausübung durch Dritte wird gestattet.

Der Berechtigte verpflichtet sich zur Löschung der Grunddienstbarkeit, soweit in einem gerichtlichen Verfahren rechtskräftig festgestellt wird, dass für den Überbau eine Erklärung i.S.d. § 912 BGB gegenüber dem Grundbuchamt ausreicht. Die Stadt Leipzig erklärt vorsorglich, dass dem Überbau gemäß § 912 BGB nicht widersprochen wurde bzw. nicht widersprochen wird.

Nach § 1026 BGB werden im Fall einer Teilung eines dienenden Grundstücks die Teile, die außerhalb des Bereiches der Ausübung der Grunddienstbarkeit liegen, von der Grunddienstbarkeit frei. Die Grunddienstbarkeit erlischt kraft Gesetzes an diesem Grundstücksteil.

Der Berechtigte **bewilligt** bereits jetzt die Löschung der eingetragenen Überbaugrunddienstbarkeit für sämtliche Teilflächen des dienenden Grundstücks, die nicht von der Ausübung der Grunddienstbarkeit nach Ziffer 1 betroffen sind.

Für den Fall, dass diese Bewilligung wegen einer zwischenzeitlichen Veräußerung des herrschenden Grundstücks oder Teilen hiervon nicht zur beabsichtigten Löschung führt, verpflichtet sich der Berechtigte, auf Verlangen der Stadt Leipzig unverzüglich die Bewilligungen sämtlicher neuen Eigentümer auf Kosten des Berechtigten in grundbuchmäßiger Form beizubringen.

4. Der Berechtigte haftet für alle durch den Überbau entstehenden Schäden und stellt die Stadt Leipzig von allen diesbezüglich gegen sie erhobenen Ansprüchen frei.
5. Der Berechtigte hat die in den Ziffern 2 bis 4 vereinbarten Verpflichtungen dem Rechtsnachfolger mit entsprechender Weitergabeverpflichtung aufzuerlegen.

§ 3

Gegenleistung

Als Gegenleistung für die Überbauung zahlt der Berechtigte der Stadt Leipzig einen einmaligen Betrag von [REDACTED]

Im Fall eines künftigen Erwerbs des Flurstücks 5a, durch [REDACTED] darf diese Grunddienstbarkeit nicht wertmindernd in Ansatz gebracht werden.

Dieser Betrag ist sofort fällig und zahlbar unter Angabe des Kassenzeichens und Flurstücks 5a der Gemarkung Eutritzsch, auf folgendes Konto:

Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto-Nr. 101 000 1350
[REDACTED]

**§ 4
Kosten**

Durch diese Urkunde veranlassten Gerichts- und sonstigen Kosten trägt der Berechtigte. Gilt auch für die etwaige Löschung des Rechts im Grundbuch.

**§ 5
Schriftform, Salvatorische Klausel**

Jede Änderung sowie Aufhebung des Vertrages und dieser Klausel bedürfen der Schriftform. Nebenabreden wurden nicht getroffen.

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, bleibt die Vereinbarung wirksam. Die unwirksamen Bestimmungen werden durch gesetzliche Regelungen ersetzt.

Diese Urkunde wird einfach erstellt, wovon die Vertragsparteien je eine Kopie erhalten. Das Original reicht die Stadt Leipzig zur Eintragung der Grunddienstbarkeit beim Grundbuchamt Leipzig ein.

**§ 6
Grundbuchanträge**

Die Stadt Leipzig **bewilligt** und der Berechtigte **beantragt** die Eintragung einer Grunddienstbarkeit in das Grundbuch von Eutritzsch, Blatt 953, lastend auf dem Flurstück 5a, zugunsten des jeweiligen Eigentümers des Grundstücks Flurstück 5b der Gemarkung Eutritzsch, Blatt 1015, mit dem vorstehend in § 2 Ziffer 1 vereinbarten Inhalt.

GD

Leipzig,





Vermessungsverwaltung des Freistaates Sachsen

Stadt Leipzig, Amt für Geoinformation und Bodenordnung

Auszug aus der Liegenschaftskarte

Leipzig
Gemeinde: Leipzig

Gemarkung: Eutritzsch
Flur: —

Maßstab: 1:1000
Auszug vom: 17.04.2012

- Legende:
1. Benutzung der Daten des Liegenschaftskatasters nach Maßgabe des § 13 SächsVermKatG.
 2. Der Auszug aus der Liegenschaftskarte ist zur Entnahme von Maßen, insbesondere von Grenzmaßen oder Grenzabständen, nicht geeignet.
 3. Gebäude, deren Umriss mit Strichlinie dargestellt ist, wurden auf der Grundlage von Luftbilderzeugnissen erfasst.



Dieser Auszug ist elektronisch erstellt und daher nicht unterzeichnet.

Urkunde Nummer 873/2013

Die Notarin fragte vor Beurkundung nach einer Vorbefassung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG. Der Erschienene verneinte dies.

Vorstehend, vor mir vollzogene Unterschrift von

[REDACTED]

beglaubige ich hiermit. Der Erschienene handelt nicht im eigenen Namen, sondern aufgrund notarieller Vollmacht für [REDACTED]

[REDACTED] Die Urschrift der Vollmacht lag zur Beurkundung rechts-wirksam vor.

Der Erschienene wies sich zur Gewissheit der Notarin durch Vorlage des amtlichen Personalausweises mit Lichtbild aus.

Berlin, den 13. August 2013




Notarin